

Giel, Wilhelm

Article — Digitized Version

Gegenwart und Zukunft des innerdeutschen Handels

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Giel, Wilhelm (1971) : Gegenwart und Zukunft des innerdeutschen Handels, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 51, Iss. 8, pp. 417-421

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134297>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Gegenwart und Zukunft des innerdeutschen Handels

Wilhelm Giel, Bonn

Die vertragliche Grundlage des innerdeutschen Handels ist das „Abkommen über den Handel zwischen den Währungsgebieten der Deutschen Mark (DM-West) und den Währungsgebieten der Deutschen Mark der Deutschen Notenbank (DM-Ost) (Berliner Abkommen)“. Es wurde am 20. September 1951 zwischen der Treuhandstelle für den Interzonenhandel (West-Berlin) und dem damaligen Ministerium für Außenhandel und innerdeutschen Handel der DDR abgeschlossen. Dieses Abkommen schließt auf westlicher Seite die Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin ein. Seine Laufzeit ist unbegrenzt bei vierteljährlicher Kündigungsfrist zum Jahresende.

Der Zahlungsverkehr erfolgt über Verrechnungskonten bei der Deutschen Bundesbank und der Staatsbank der DDR; Zahlungseinheit ist die „Verrechnungseinheit“ (VE). Der Wert der VE kann einer DM (West) gleichgesetzt werden. Die Konten sind nämlich bei Überschreiten der zinslosen Überziehungsmöglichkeiten, die beide Seiten einander eingeräumt haben, in Höhe des Überziehungsbetrags in DM (West) auszugleichen. Außerdem werden die kommerziellen Rechnungen in DM (West) fakturiert. Da der Handelspartner in der DDR den Rechnungsbetrag in Mark der DDR einzahlte oder erhält, hat die VE für ihn den Wert einer Mark der DDR.

Weitgehend liberalisiert

Ein völlig liberalisierter Handel, wie er zwischen westlichen Industriestaaten üblich ist, läßt sich im innerdeutschen Handel wegen der unterschiedlichen Wirtschaftsordnungen in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR nicht durchführen. Deshalb sind alle Geschäfte genehmigungspflichtig. Die Genehmigung kann nach unseren Vorschriften sowohl in Form einer Einzelgenehmigung wie auch

als Allgemeine Genehmigung (lediglich Meldepflicht) erteilt werden. Die allgemein genehmigten Verträge überwiegen sowohl auf der Liefer- wie auf der Bezugsseite.

Die traditionell handelspolitisch liberal eingestellte Bundesrepublik Deutschland bemüht sich auch im Handel mit der DDR um einen möglichst hohen Liberalisierungsgrad:

Auf der Lieferseite sind Gold, Eisen- und Stahlschrott sowie Waren der Embargoliste über Rüstungsgüter – wie auch im übrigen Osthandel – vom Handel ausgeschlossen. Die Lieferungen von NE-Metallen wurden im März 1970 kontingentiert. Alle anderen Waren können uneingeschränkt in die DDR geliefert werden.

Auf der Bezugsseite können auf dem *gewerblichen* Sektor von 5216 Meldenummern des Warenverzeichnisses der Industriestatistik 4999 Positionen ohne Wertgrenze, 73 (z. B. Gold, Steinkohle, Flugzeuge usw.) überhaupt nicht und 144 Positionen nur wertbegrenzt aus der DDR bezogen werden.

Von insgesamt 1018 statistischen Meldenummern auf dem *landwirtschaftlichen* Sektor sind 637 frei beziehbar, 114 sind wertbegrenzt ausgeschrieben und 81 kommen für einen Bezug aus der DDR nicht in Betracht, weil die betroffenen Waren in der DDR weder hergestellt noch gewonnen werden. Bei den verbleibenden 186 Positionen, die zur Zeit noch

Ministerialdirektor Dr. rer. pol. Wilhelm Giel, 53, ist Leiter der Abteilung „Gewerbliche Wirtschaft“ im Bundesministerium für Wirtschaft und Finanzen.

nicht bezogen werden können, wird die Möglichkeit einer Ausschreibung noch geprüft. Es ist selbstverständlich, daß bei einer solchen Prüfung auch die Lage der Landwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland Berücksichtigung finden muß.

Sprunghaftes Wachstum in den letzten Jahren

Einen Überblick über die Entwicklung des innerdeutschen Handels in der letzten Dekade gibt die Tabelle 1.

Tabelle 1
Der innerdeutsche Handel 1960 bis 1970
(in Mill. VE)

Jahr	Bezüge der BRD	Lieferungen der BRD	Umsatz
1960	1007	1030	2037
1961	917	911	1828
1962	899	901	1800
1963	1029	907	1936
1964	1112	1193	2305
1965	1249	1225	2474
1966	1324	1681	3005
1967	1255	1490	2745
1968	1451	1458	2909
1969	1656	2078	3734
1970	2064	2484	4548

Der innerdeutsche Handel hat in den letzten beiden Jahren sprunghaft zugenommen. Das Handelsvolumen stieg 1969 um 28,4 % und 1970 um 21,8 % gegenüber dem jeweiligen Vorjahr. Während der Zuwachs im Jahre 1969 in erster Linie auf den Anstieg der Lieferungen der Bundesrepublik Deutschland (+42,5 %) zurückzuführen war, stiegen 1970 die Bezüge aus der DDR (+24,6 %) stärker als die Lieferungen in die DDR (+19,5 %).

Die Tabelle weist für das Jahr 1970 – ebenso wie für 1969 – noch einen beachtlichen Überschuß der Lieferungen der BRD aus (rd. 400 Mill. VE). Hinter diesen Jahreszahlen verbirgt sich jedoch ein wesentlicher Wandel in der Entwicklung: Während sich im ersten Halbjahr 1970 die Schere zwischen Lieferungen und Bezügen noch weiter geöffnet hatte (Lieferungen: +259 Mill. VE, Bezüge: +148 Mill. VE), holten die Bezüge im zweiten Halbjahr spürbar auf. Die von der Bundesrepublik Deutschland und der DDR getroffenen Maßnahmen haben dazu geführt, daß Lieferungen und Bezüge in den letzten Monaten 1970 (4. Quartal) ungefähr ausgeglichen waren (Lieferungen 646 Mill. VE, Bezüge 670 Mill. VE).

Ausgeglichene Handelsbilanz 1971

Im 1. Quartal 1971 hat sich der Umsatz gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres um 15,8 % von 939,4 Mill. VE auf 1087,7 Mill. VE gesteigert. Die

Lieferungen in die DDR verminderten sich um 5,3 % von 573,1 Mill. VE auf 542,8 Mill. VE. Die Bezüge aus der DDR stiegen um 48,8 % von 366,3 Mill. VE auf 544,9 Mill. VE. Allerdings muß berücksichtigt werden, daß die Lieferungen der DDR Anfang 1970 wegen der ungünstigen Witterung und der dadurch bedingten wirtschaftlichen Schwierigkeiten der DDR nur stockend angefallen waren. Außerdem sind im Februar Zahlungen für Mehrleistungen der DDR-Post in Höhe von 30 Mill. VE überwiesen worden, die erst im Mai 1970 erfolgt waren.

1971 soll nach dem Gesetz über den Volkswirtschaftsplan der gesamte Außenhandel der DDR gegenüber 1970 um 8 % ansteigen. Der Export insgesamt soll sich dabei um 16 % und der Export in das kapitalistische Ausland um 23,9 % erhöhen. Der Import müßte danach stagnieren.

Ausgehend von diesen Daten würden 1971 unsere Lieferungen etwa auf dem Stand vor 1970, also bei ca. 2,4 Mrd. VE bleiben. Für die Bezüge dürfte hingegen mit einem Anstieg zu rechnen sein, so daß sie ebenfalls etwa 2,4 Mrd. VE erreichen können. Damit würde 1971 ein ausgeglichenes Ergebnis erzielt.

Der kumulierte Aktivsaldo der Bundesrepublik Deutschland und damit der Saldo zu Lasten der DDR aus den beiderseitigen Verbindlichkeiten belief sich am 30.9.1970 noch auf ca. 1,4 Mrd. VE. Durch die Entwicklung des innerdeutschen Handels im letzten Quartal 1970 und im ersten Quartal 1971 konnte er auf ca. 1,3 Mrd. VE per 31.12.1970 und ca. 1,2 Mrd. VE per 31.3.1971 gesenkt werden. Von diesen rd. 1,2 Mrd. VE entfallen ca. 400 Mill. VE auf den Swing, rund 250 Mill. VE auf mittel- und langfristige Kredite und ca. 550 Mill. VE auf kurzfristige Kredite.

Warenstruktur des innerdeutschen Handels

Die Bundesregierung bemühte sich auch 1970, die Warenstruktur des innerdeutschen Handels zu verbessern. Der Austausch hoch entwickelter technischer Produkte und Leistungen sollte – wie es in den Handelsbeziehungen zwischen zwei Industriestaaten sinnvoll ist – eine besondere Steigerung erfahren. Dieses Ziel war in der mit dem Ministerium für Außenwirtschaft der DDR getroffenen Vereinbarung vom 6.12.1968 zum Berliner Abkommen festgelegt worden: Die beiderseitigen Lieferungen von Maschinen, Fahrzeugen und elektrotechnischen Erzeugnissen sollen ausgehend von 1968 bis 1975 einschließlich jährlich um jeweils 50 Mill. VE erhöht werden.

In den letzten drei Jahren entwickelten sich die beiderseitigen Lieferungen der oben bezeichneten Waren wie folgt:

Tabelle 2
Anteil von Maschinen und elektrotechnischen Erzeugnissen am innerdeutschen Handel
 (in Mill. VE)

Jahr	Insgesamt	Maschinen und elektrotechnische Erzeugnisse	Veränderung gegenüber dem Vorjahr	Anteil am Gesamtvolumen
Lieferungen der BRD				
1968	1458	269,7	- 10,7 %	18,5 %
1969	2073	427,7	+58,6 %	20,6 %
1970	2484	585,1	+36,8 %	23,6 %
Bezüge der BRD				
1968	1451	137,3	+54,1 %	9,5 %
1969	1656	185,3	+35,0 %	11,2 %
1970	2064	271,5	+46,5 %	13,2 %

Auch für 1971 wird eine weitere Verbesserung der Warenstruktur erhofft. Insbesondere auf unserer Lieferseite läßt sich aber die Entwicklung noch nicht voraussagen, da die DDR 1971 nach ihrem Volkswirtschaftsplan weniger als im Vorjahr investieren will (98,5 %).

Kreditgarantien

Die Zunahme der Investitionsgüterlieferungen führte zwangsläufig zu einer erheblichen Inanspruchnahme von Kreditgarantien des Bundes, da sich die Industrie die politischen Risiken bei solchen Geschäften mit langen Zahlungsfristen staatlich absichern läßt. Deshalb wurde im Sommer des vergangenen Jahres der Kreditgarantieplafond von 650 Mill. DM auf 1150 Mill. DM aufgestockt. Der Plafond ist zur Zeit mit ca. 600 Mill. DM in Anspruch genommen. Außerdem sind Geschäfte im Gesamtwert von fast 300 Mill. DM vorläufig in Deckung genommen. Erfahrungsgemäß werden davon aber nur ungefähr die Hälfte realisiert, so daß die Ausschöpfung des Plafonds zur Zeit mit ca. 750 Mill. DM anzusetzen ist.

Bei Großgeschäften macht sich die Konkurrenz anderer westlicher Industriestaaten immer stärker bemerkbar. Insbesondere waren die westlichen Konkurrenten eher geneigt, längere Kreditfristen zu gewähren. Die EWG-Partnerstaaten waren durch eine Vereinbarung aus dem Jahre 1966 daran gehindert, bei Kreditgarantien eine Kreditlaufzeit von 5 Jahren zu überschreiten.

Die DDR forderte in jüngster Zeit von ihren kommerziellen Verhandlungspartnern immer dringender eine Ausdehnung der Kreditlaufzeiten und berief sich dabei auf die Praxis gegenüber anderen Staatshandelsländern. Als zu erkennen war, daß nicht mehr alle EWG-Partner die alte Regelung beizubehalten wünschten, wurde in der EWG vereinbart, unter bestimmten Umständen Garantien

für Kredite mit Laufzeiten bis zu acht Jahren oder gar darüber hinaus zuzulassen.

Derart lange Laufzeiten müssen aber durch Art und Umfang des Geschäfts gerechtfertigt sein oder es muß ein Fall nachgewiesener, staatlich unterstützter Drittländerkonkurrenz vorliegen (matching). In letzterem Fall können auch acht Jahre überschritten werden. Die Regelung trat Anfang September 1970 in Kraft.

Geringe wirtschaftliche Bedeutung für die BRD

Die Bedeutung des innerdeutschen Handels für die Bundesrepublik Deutschland und die DDR mag aus der Entwicklung des Anteils des innerdeutschen Handels am Handel dieser beiden Staaten mit anderen Staaten deutlich werden (Tabelle 3).

Tabelle 3
Anteil des innerdeutschen Handels am gesamten Außenhandel

(in %)		
Jahr	BRD ¹⁾	DDR ¹⁾
1950	3,8	16,0
1955	2,3	10,9
1960	2,2	10,3
1965	1,7	9,5
1968	1,6	8,6
1969	1,8	10,1
1970	1,9	10,2

¹⁾ Errechnet aufgrund der Angaben des Statistischen Jahrbuchs der BRD bzw. des Statistischen Jahrbuchs der DDR.

Es ist allerdings interessant zu bemerken, daß der innerdeutsche Handel der größte Handel zwischen einem Ostblockstaat und einem westlichen Land ist. Die Bundesrepublik Deutschland ist nach der UdSSR der zweitgrößte Handelspartner der DDR. Die Bedeutung des innerdeutschen Handels für die DDR wird ersichtlich, wenn man feststellt, daß dieser Handel im Volumen dem Handel der DDR mit allen westlichen Industrieländern zusammengekommen entspricht.

Ausbau contra Abgrenzung

In ihrer Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969 hat die Bundesregierung einen weiteren Ausbau der innerdeutschen Handelsbeziehungen für wünschenswert erklärt. Ein solcher Ausbau ist aber nur möglich, wenn dieser Wunsch auch auf der anderen Seite besteht.

Man kann wohl davon ausgehen, daß die DDR unter den sozialistischen Staaten das Land mit dem höchsten Lebensstandard und mit dem höchsten industriell-technischen Niveau ist. Bei der Weiterentwicklung ihrer Fortschrittsindustrien und im

Streben nach technischem Fortschritt auf dem industriellen Sektor kann die DDR deshalb nur in beschränktem Umfang aus ihrem Handel mit den sozialistischen Staaten profitieren. Die sozialistischen Staaten sind aber nur in gewissem Umfang in der Lage, die benötigten Produkte und das technische know how zu liefern. Es besteht somit – zumindest wirtschaftlich gesehen – verständlicherweise ein großes Interesse am Ausbau der Handelsbeziehungen mit den kapitalistischen Industriestaaten im allgemeinen und mit der Bundesrepublik Deutschland im besonderen.

Dem steht jedoch auf der anderen Seite der Wunsch nach „Abgrenzung“ gegenüber. Die Unsicherheit der Ideologen wird besonders erkennbar an der Reaktion der DDR auf Angebote aus der Bundesrepublik Deutschland, die jetzt noch überwiegenden Einzel- und Zufallsgeschäfte im innerdeutschen Handel durch langfristige, kontinuierliche und stabile Geschäftsverbindungen zu ersetzen und gemeinsam nach Kooperationsmöglichkeiten zu suchen, wie sie im Handel der Bundesrepublik Deutschland mit anderen sozialistischen Staaten heute bereits üblich sind.

Auf der 14. Tagung des Zentralkomitees der SED im vorigen Jahr führte der Wirtschaftsexperte im Politbüro Günter Mittag aus: „Alles Gerede westdeutscher Unternehmer, der DDR unter die Arme zu greifen, ihr bei der Entwicklung von Wissenschaft und Technik großzügig zu helfen und eine ideologiefreie Wirtschaftskooperation zu betreiben, kann das wirkliche Ziel der Imperialisten nicht verschleiern. Alle Erfahrungen zeigen, daß der Klassenkampf gerade auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Entwicklung mit außerordentlicher Härte geführt wird. Auch auf dem Gebiet der Wirtschaft kann es keine gesamtdeutschen oder innerdeutschen Beziehungen geben, sondern nur Beziehungen, wie sie zwischen völkerrechtlich gleichberechtigten Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung üblich sind.“

Zwischen beiden sich unversöhnlich gegenüberstehenden Gesellschaftssystemen vollzieht sich eine immer stärkere politische und ideologische, aber gleichzeitig auch eine genau so wichtige ökonomische Abgrenzung.“

Kein Integrationshindernis für die EWG

Die gemeinsame Wirtschaftspolitik der EWG wird zwar durch den innerdeutschen Handel tangiert, zumal die EWG eine gemeinsame Außenhandelspolitik anstrebt, aber:

Der innerdeutsche Handel ist in seinem Volumen relativ gering. Er hatte 1970 nur einen Anteil von 1,9 % am Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland einschließlich des innerdeutschen

Handels und belief sich z. B. nur auf etwa 1/6 des Handelsvolumens mit den Niederlanden.

Die Bundesregierung ist nachhaltig bemüht, jede Störung der Märkte der EG-Partnerstaaten (entsprechend dem Sinn des Protokolls über den innerdeutschen Handel vom 25. März 1957 zu den Römischen Verträgen) ¹⁾ zu vermeiden. Das ist ihr auch bisher gelungen.

Der innerdeutsche Handel dient nur einem Waren- und Dienstleistungsaustausch zwischen den beiden deutschen Staaten. Es werden grundsätzlich keine Waren ausländischen Ursprungs aus der DDR bezogen. (Ausnahmen bedürfen einer besonderen Vereinbarung und Ausschreibung.) Nur wenige aus der DDR bezogene Waren fließen in die EG-Partnerländer oder das sonstige Ausland. (1969 ca. 1 % der Bezüge.) Bei der Eröffnung von Bezugskontingenten wird – insbesondere auf dem landwirtschaftlichen Sektor – streng auf die Aufnahmefähigkeit des deutschen Marktes geachtet.

Bisher sind uns konkrete Schwierigkeiten für EG-Partner aus dem innerdeutschen Handel nicht bekannt geworden. Wenn uns konkrete Störungen genannt werden, sind wir bereit, Lösungen zu suchen.

Spekulative Quantifizierung von Vorteilen

Die Diskussion über die Frage, welche Vorteile die DDR durch die Behandlung des Handels zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR als innerdeutscher Handel im Rahmen der EWG entsprechend dem Protokoll über den innerdeutschen Handel hat, wurde Anfang 1970 durch die Veröffentlichung von Zahlen angeregt, die von privater Seite berechnet worden waren (400–500 Mill. DM für 1968).

Die Bundesregierung hat derart spekulative Versuche einer Quantifizierung von Handelsvorteilen im innerdeutschen Handel immer abgelehnt. Sie geht davon aus, daß der innerdeutsche Handel für beide Seiten vorteilhaft ist. Genau quantifizieren ließe sich allenfalls der Vorteil, der der DDR aus der zinslosen Inanspruchnahme des Swings zugeflossen ist. Dagegen vermag niemand zu sagen, welchen Anteil z. B. von den eingesparten Außenzöllen, Abschöpfungen, Mehrwertsteuern die DDR-Lieferanten oder die Abnehmer in der Bundesrepublik Deutschland erhalten haben.

Mittelfristige Perspektiven

Auskunft über die mittelfristige Entwicklungsmöglichkeit des innerdeutschen Handels könnte die Direktive des VIII. Parteitages der SED zum Fünfjahrplan 1971 bis 1975 der DDR geben. Die Äuße-

¹⁾ Es ist umstritten, ob dieser Passus des Protokolls (Absatz 2, Satz 2) auch für die Bundesrepublik Deutschland unmittelbar gilt. Auf jeden Fall fühlt sich die Bundesregierung in diesem Sinne verpflichtet.

rungen über die Entwicklung des Außenhandels der DDR sind jedoch sehr dürftig.

Die vorgesehene Steigerung des Exports in die sozialistischen Staaten um 60 bis 70 % stellt das einzige konkrete Datum zur Entwicklung des Außenhandels der DDR dar. Weder über die Entwicklung des gesamten Außenhandels, noch über die Entwicklung des Handels mit den kapitalistischen Staaten ist näheres ausgeführt.

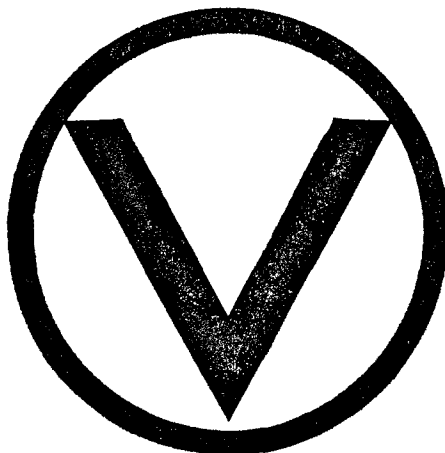
In dem Entwurf zur Direktive des ZK war noch für 1975 ein Anteil der sozialistischen Staaten von 75 % am gesamten Außenhandelsvolumen der DDR genannt worden. Danach hätte der Handel mit den westlichen Staaten nur unterproportional wachsen können. Durch den Wegfall dieser Größe in der endgültigen Fassung der Direktive läßt sich über die mittelfristige Entwicklung des innerdeutschen Handels noch weniger aussagen.

Bereits im Fünfjahrplan 1966 bis 1970 hieß es:

„Auf der Grundlage der langfristigen Handelsabkommen sind mit diesen (sozialistischen) Ländern

1970 etwa drei Viertel des Außenhandels der DDR zu realisieren.“ Die Planrealisierung hat sich dann allerdings etwas anders dargestellt (1966: 73,1 %, 1967: 74,1 %, 1968: 76,0 %, 1969: 72,8 %, 1970: 71,6 %). Insofern wäre also auch die Beibehaltung der 75 % für den Anteil der sozialistischen Staaten im Jahre 1975 nicht weiter beunruhigend im Hinblick auf die Entwicklung des innerdeutschen Handels gewesen.

Zusammenfassend besteht also kein Grund zu einer pessimistischen Zukunftsbetrachtung für den innerdeutschen Handel. Allerdings dürfte die Zeit der Zuwachsraten der vergangenen Jahre zumindest vorläufig vorbei sein. Es ist vielmehr damit zu rechnen, daß sich der innerdeutsche Handel proportional mit dem Außenhandel der DDR ausweiten wird, so daß der Anteil des innerdeutschen Handels am Außenhandel der DDR von ca. 10 % in den Jahren 1969 und 1970 auch in den kommenden Jahren beibehalten werden könnte. Dabei ist allerdings unterstellt, daß keine überraschenden Einflußnahmen aus politischer Sicht wesentlich veränderte Daten setzen.



VICTORIA

VICTORIA-Versicherungsgruppe Ende 1970:

11,3 Millionen Lebens-, Unfall-, Haftpflicht-, Kraftfahrt-,
Rechtsschutz-, Sach- und Transport-Versicherungen.

1 Milliarde DM Gesamtprämieinnahme.

9,7 Milliarden DM Lebensversicherungsbestand.

3,5 Milliarden DM Sicherheitsmittel.

Versicherungen in guter Hand
